

Niederschrift

über die 2. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 15.10.2019, von 18:00 Uhr bis 20:15 Uhr, im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zi. 123)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Klaus Czernitzki

Mitglieder

Frau Birgit Kolbe

Herr Sascha Oldenburg

Herr Tim Teßmann

Frau Anja Reinke

Frau Sabrina Püschel

Herr Boris Kondratjuk

sachkundige Einwohner

Frau Ann Fabini

Frau Dr. Silke Pokarr

Abwesend:

Mitglieder

Frau Nadine Brennecke – entschuldigt

Herr Bodo Zeymer - entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christel Hintze – entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 27.08.2019
4. Einwohnerfragestunde
5. Antrag AfD- Fraktion - Satzungsänderung-Streichung der „Richtlinie zur Förderung der Integration“
Vorlage: A-009(VII.)/2019
6. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Unterstützung der ehrenamtlichen vereinsgestützten Seniorenbetreuung
Vorlage: A-010(VII.)/2019
7. Haushaltssatzung 2020 einschließlich Haushaltsplan
Vorlage: 044-(VII.)/2019
8. Förderanträge
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 27.08.2019
12. Mitteilungen
13. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 7 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Die sachkundigen Einwohner Frau Dr. Silke Pokarr und Frau Ann Fabini nehmen ebenfalls an der Sitzung teil. Es liegen Entschuldigungen der Stadträte Nadine Brennecke und Bodo Zeymer sowie der sachkundigen Einwohnerin Christel Hintze vor.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form *einstimmig* angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 27.08.2019

Schriftlich liegen dem Ausschussvorsitzenden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.08.2019 vor. Der öffentliche Teil der o.g. Niederschrift wird von den Ausschussmitgliedern *einstimmig* bestätigt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die Einwohnerfragestunde. Da kein Einwohner Anfragen stellt, schließt er die Einwohnerfragestunde und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

zu TOP 5 Antrag AfD- Fraktion - Satzungsänderung-Streichung der „Richtlinie zur Förderung der Integration“ Vorlage: A-009(VII.)/2019

Begründung:

„In Deutschland müssen alle Menschen gleichbehandelt werden und nicht in irgendeiner Art und Weise bevorteilt bzw. benachteiligt werden. Hier stellt diese Richtlinie dar, dass eine Überbevorteilung einer in Deutschland lebenden Gruppe von Menschen praktiziert werden kann.“ siehe Grundgesetz Art. 3

Der Ausschuss kann über diese Richtlinie entscheiden, da diese lediglich eine Arbeitsgrundlage für den Ausschuss bildet, teilt Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki einleitend mit. Er fragt die Antragstellerin, ob sie sich zum Antrag noch äußern möchte.

Wie im Antrag formuliert, möchte die AfD eine Gleichbehandlung aller in Deutschland lebenden Menschen. Von daher, so Stadträtin Sabrina Püschel, sei die Richtlinie nach Auffassung ihrer Fraktion entbehrlich.

Stadträtin Anja Reinke würde es begrüßen, die unterschiedlichen Förderrichtlinien in einer Richtlinie zusammenzufassen. Eine Richtlinie, die alle Bereiche abdeckt, wäre für Vereine, Selbsthilfegruppen u.a. besser handhabbar. Zudem würde sie es für sinnvoll erachten, dass es nur ein Antragsformular gibt, um dem Antragsteller die Beantragung von Fördergeldern zu erleichtern. Da ihres Erachtens viele Vereine nicht wissen, dass es die Möglichkeit gibt, Zuschüsse für Projekte, Fahrten, sportliche und kulturelle Veranstaltungen usw., bei der Stadt Halldensleben zu beantragen, sollte mit der/den Förderrichtlinie/n stärker geworben werden.

Für die Werbung könnte unproblematisch die Internetseite der Stadt genutzt werden, meint die sachkundige Einwohnerin, Frau Dr. Silke Pokarr. Es wird ein Link eingerichtet mit dem Hinweis, hier besteht die Möglichkeit für Vereine Förderanträge zu stellen. Das sind dazu die Richtlinien.

Stadträtin Sabrina Püschel möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die AfD nicht gegen Integration ist und dass Integration gefördert wird. Sie findet das wichtig, aber dann soll die Richtlinie auch für alleinerziehende Mütter, für Rentner, für chronisch Kranke usw. Anwendung finden können. Sie möchte einfach eine Gleichbehandlung herstellen. Nur darum geht es.

In der letzten Sitzung hat Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki alle Richtlinien vorgestellt. Heute wurde kritisch bemerkt, warum es vier Richtlinien gibt und nicht nur eine. Darüber kann man diskutieren, aber der Antrag der AfD-Fraktion lautet: „Streichung der Richtlinie zur Förderung der Integration“.

Nach Meinung von Stadtrat Boris Kondratjuk ist der Antrag unglücklich formuliert. Streichung der Richtlinie bedeutet auch Streichung der Gelder. Das geht nicht. Evtl. müsste die Richtlinie für Integration in einer anderen Richtlinie integriert werden.

Stadträtin Anja Reinke stellt einen Änderungsantrag zum Antrag der AfD-Fraktion.

Der Änderungsantrag soll wie folgt lauten: Die Verwaltung wird beauftragt, aus den vier Förderrichtlinien eine gemeinsame Förderrichtlinie zu erstellen und dem Ausschuss vorzulegen.

Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki wertet das, was Stadträtin Anja Reinke als Änderungsantrag zum Antrag der AfD-Fraktion beantragt, als neuen Antrag.

Da kein Konsens zwischen dem Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki und Stadträtin Anja Reinke dahingehend gefunden werden konnte, ob es sich um einen Änderungsantrag oder um einen neuen Antrag handelt, besteht Stadträtin Anja Reinke darauf, dass über ihren Änderungsantrag abgestimmt wird.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fasst zusammen: Es wurde heute angesprochen, ob es sinnvoll ist, die Richtlinien so zu erhalten wie sie derzeit sind oder ob es nicht sinnvoll ist. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen – aber noch kein klares Votum vom Ausschuss.

Deshalb stellt der Ausschussvorsitzende jetzt die Frage, wer dem Antrag von Stadträtin Anja Reinke zustimmt.

Abstimmungsergebnis. 4 Ja-Stimmen (mehrheitlich empfohlen)

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki bittet Stadträtin Anja Reinke den Antragstext schriftlich vorzulegen. Weiterhin bedarf es einer Aussage der AfD-Fraktion, dass sie den Antrag von Stadträtin Anja Reinke unterstützt.

Stadträtin Sabrina Püschel bestätigt, dass sie den Antrag auch befürwortet. Damit ist der Antrag der AfD-Fraktion zurückgezogen, wenn der Änderungsantrag so zur Abstimmung gebracht werden kann.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen mehrheitlich, die Verwaltung zu beauftragen, eine Vorlage zu erarbeiten, in der alle Förderrichtlinien ihren Niederschlag finden.

**zu TOP 6 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Unterstützung der ehrenamtlichen vereinsgestützten
Seniorenbetreuung
Vorlage: A-010(VII.)/2019**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt, im Haushalt der Stadt Haldensleben für das Jahr 2020 und in der mittelfristigen Planung eine Haushaltsposition zur finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen vereinsgestützten Seniorenarbeit durch die Volkssolidarität in Höhe von 12.000 Euro p.a. einzustellen.

Die ausführliche Begründung liegt den Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Wie der Begründung zu entnehmen ist, ist die Volkssolidarität in Haldensleben der Verein, der sich explizit und intensiv um die Seniorenarbeit, Seniorenbetreuung kümmert. Aus diesem Grund sollte dieser Verein auch finanziell von der Stadt unterstützt werden, so einleitend der Ausschussvorsitzende Klaus Czernitzki.

Das Engagement der Volkssolidarität in Bezug auf die Seniorenarbeit wird von den Stadträten bestätigt, aber die Gelder, die im Haushalt für die ehrenamtliche Seniorenarbeit eingestellt werden sollen, sollten nicht allein der Volkssolidarität zur Verfügung stehen, sondern allgemein für die Seniorenarbeit.

Das sehe Stadtrat Boris Kondatjuk anders. Die Volkssolidarität ist eine Organisation, ein Verein mit Strukturen, der sich intensiv um die Seniorenarbeit kümmert. Mit einem festen Zuschuss, so wie ihn die Jugendclubs erhalten, könnte die Volkssolidarität ihre Aktivitäten besser planen.

Stadträtin Birgit Kolbe würden einen Änderungsantrag stellen wollen. Das Wort „Volkssolidarität“ zu streichen und den Antrag dahingehend zu ändern, dass dieser für alle Senioren gilt. Evtl. müsste dazu noch eine Richtlinie erstellt werden. Die Volkssolidarität wäre nicht ausgeschlossen, aber der Antrag würde anderen Initiativen und Vereinen einen Anreiz bieten, sich ebenfalls für die Seniorenarbeit zu engagieren.

Der Anteil der Senioren in der Stadt ist groß, so dass Stadträtin Anja Reinke den im Antrag mit 12.000 € bezifferten Haushaltsansatz für die Seniorenarbeit auf 15.000 € erhöhen würde. Die Beantragung der Gelder erfolgt über die Förderrichtlinie, die von der Verwaltung noch erarbeitet werden muss.

Stadträtin Birgit Kolbe formuliert den Wortlaut des **Änderungsantrages** zum Antrag der Fraktion DIE LINKE A-010(VII)/2019

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt, im Haushalt der Stadt Haldensleben für das Jahr 2020 eine Haushaltsposition zur finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Seniorenarbeit in Höhe von 15.000 € einzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen

zu TOP 7 Haushaltssatzung 2020 einschließlich Haushaltsplan
Vorlage: 044-(VII.)/2019

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fragt in die Runde, ob der Wunsch besteht, dass die Verwaltung die Positionen, die das Amt 50 – Bildung, Kultur, Soziales, Jugend und Sport - betreffen vorstellt. Da das nicht der Fall ist, bittet er Fragen zum Haushalt zu stellen.

Stadträtin Birgit Kolbe

Wie ist die Auslastung der Heuherberge?

Diese Frage müsste durch Herrn Zimmermann beantwortet werden, antwortet Amtsleiterin Doreen Scherff.

Warum wurde für 2020 die Summe für den Ferienpass reduziert?

In den Jahren 2018 und 2019 wurden die geplanten Gelder nicht ausgeschöpft, darum wurde der Ansatz für das nächste Jahr auf 5.000 € reduziert, so Amtsleiterin Doreen Scherff.

Stadträtin Birgit Kolbe meint, dass die Werbung für den Ferienpass intensiver erfolgen muss und vielleicht lassen sich auch die Angebote für die Kinder erweitern.

Gelder für die Werbung wären nicht erforderlich, wenn den Kindern, die den Ferienpass in Anspruch nehmen könnten, die Karten nach Hause verschickt werden und für die Busfahrtscheine könnte sich eine Lösung mit der Wobau finden lassen, lautet der Vorschlag von Stadträtin Anja Reinke.

Die Diskussion zum Ferienpass sollte nicht weiter vertieft werden, wirft der Ausschussvorsitzende ein.

Stadträtin Sabrina Püschel

Sie habe keine Position gefunden, die Ärzten finanzielle Anreize bietet, sich in Haldensleben niederzulassen. Der Mangel an Allgemeinmediziner in Haldensleben wurde doch schon einmal angesprochen.

Dezernentin Andrea Schulz kann das Ansinnen nachvollziehen. So lange die Kassenärztliche Vereinigung für den Bereich Haldensleben keinen Ärztemangel feststellt, spricht es keine Kassenzulassung gibt, macht es als Stadt keinen Sinn die Ansiedlung finanziell zu unterstützen.

Wenn die Kassenärztliche Vereinigung keinen Handlungsbedarf sehe, müsse die Stadt Haldensleben, die finanziell gut aufgestellt ist, von sich aus, Anreize schaffen, damit sich Ärzte in Haldensleben ansiedeln, so die Meinung von Stadträtin Anja Reinke. Vielleicht müsste man einen Antrag stellen, dafür eine Summe im Haushalt einzustellen.

Die Nachfrage von Stadträtin Birgit Kolbe, ob über den Antrag zur Fortführung der Stelle des Citymanagers heute diskutiert werde, verneint der Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki. Nur die Produkte, die das Amt 50 betreffen, bilden heute die Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Tim Teßmann

Kann für das Dorfgemeinschaftshaus Wedringen für die Fassadensanierung eine LEADER-Förderung in Betracht kommen?

Die Anfrage verneint Amtsleiterin Doreen Scherff. Der Verein ist nicht Mitglied in der Projektgemeinschaft.

Gibt es einen neuen Sachstand zum ISV?

Es wurden alle Vereine angeschrieben. Wenn ein Verein Interesse an einer Fortführung des Platzes hätte, ließe sich über eine Haushaltsposition nachdenken, aber von vornherein wurden keine Gelder geplant, gibt Amtsleiterin Doreen Scherff zur Antwort.

Stadtrat Stefan Oldenburg

spricht die Kosten für das Altstadtfest an. Mit einem Brauervertrag könnten die Kosten für die Stadt deutlich reduziert werden. Das wäre eine Anregung für die nächsten Jahre.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki ruft im Rahmen der Haushaltsdebatte den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Bezuschussung des Baus einer Evangelischen Grundschule bei langfristig nachgewiesenem Bedarf an Grundschulplätzen und Hortplätzen.

Die Stadtverwaltung wird dazu beauftragt die Planungen für das Projekt darzulegen und den Bedarf nachzuweisen und in den Ausschüssen umfassend über neuerliche Aktivitäten zu informieren. Dazu sind entsprechend der Diskussion in den Fachausschüssen folgende Nachweise zu erbringen:

1. Kapazitäten der bestehenden Grundschulen an Schulplätzen und der Horte an Hortplätzen
2. Rückwirkend für 10 Jahren deren Auslastung jeweils zu Schuljahresbeginn und perspektivisch bis 2025
3. Die Geburtenraten der Jahre 2008 bis 2018.
4. Das zugrundeliegende Konzept der Schule/Hort ist vorzulegen.
5. Die finanziellen Auswirkungen sind detailliert darzulegen.

Die notwendigen Unterlagen sind den Stadträten bis 01.11.2019 vorzulegen und gegebenenfalls ist rechtzeitig Akteneinsicht zu gewähren.

Die Antragseinbringerin trägt als Begründung vor:

- stark rückläufige Geburtenzahlen
- künftig keine Auslastung der zur Verfügung stehenden Plätze mehr gegeben
- hohe Summen wurden in die Grundschulen investiert
- bei GS „Otto Boye“ noch enormer Bedarf an Sanierung erforderlich
- am geplanten Standort der Grundschule bereits eine städtische Grundschule vorhanden, die nicht ausgelastet ist
- Förderprogramm „Soziale Stadt“ umfasst komplett das
- Wohngebiet „Süplinger Berg“ – Förderbedingung ist, dass Institutionen und Einrichtungen usw. gefördert werden, die in diesem Gebiet noch nicht vorhanden sind. Es gibt eine Grundschule und deren Kapazität wird nicht ausgelastet. Im Gegenzug gibt es eine städtische Kindertagesstätte, die Sanierungsbedarf hat.
- Deshalb der Vorschlag ihrer Fraktion, den Bau der Evangelischen Grundschule nur dann zu fördern, wenn tatsächlich der Bedarf nachgewiesen ist.
Sie bittet dem Antrag zuzustimmen.

Stadträtin Birgit Kolbe gibt zunächst einen Überblick, wie die 4 Grundschulen derzeit ausgelastet sind. Ihre Fraktion sehe in den nächsten Jahren weder bei den Schulplätzen noch bei den Hortplätzen Kapazitätsprobleme. Bei der rückläufigen Geburtenzahl bestehe eher die Gefahr, dass eine städtische Grundschule geschlossen werden muss, weil der Bedarf nicht gegeben ist. Die Gelder, die zur Verfügung stehen, sollten in den städtischen Einrichtungen zum Einsatz kommen.

Dezernentin Andrea Schulz sichert zu, dass die im Antrag geforderten Unterlagen allen Stadträten rechtzeitig ausgereicht werden. Was den geforderten Nachweis über den Bedarf anbelangt, kann die Stadt dem nicht nach-

kommen. Sollte Bedarf gegeben sein, wäre die Stadt selbst in der Verantwortung eine Schule zu bauen. Der Bau einer freien Grundschule wäre ein zusätzliches Angebot, das die Stadt Haldensleben vorhalten könnte.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki unterbreitet Argumente, die für den Bau der Schule sprechen würden:

1. für 500.000 oder 600.000 € kann man keine Schule bauen.
2. das Wohngebiet „Süplinger Berg“ würde durch diese Schule aufgewertet werden.
3. so eine Schule zieht auch Auswärtige nach Haldensleben – das würde Zuzug für die Stadt Haldensleben bedeuten können. Es können Kinder aus der Umgebung in Haldensleben beschult werden.

Was gegen diese Schule sprechen würde, wären die reinen Zahlen nur aus Haldensleben. Wäre der Bedarf gegeben, müsste die Stadt Haldensleben nicht 600.000 € bereitstellen, sondern 6 Mio. € und mehr.

Somit stellt sich die Frage, will sich die Stadt Haldensleben für 600.000 € diese Schule leisten oder nicht.

In Bezug auf das Konzept der evangelischen Schule verweist der Ausschussvorsitzende auf die Niederschrift der Sitzung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses vom 25.09.2018.

Frau Dr. Silke Pokarr, sachkundige Einwohnerin, vertritt bezüglich des Zuzuges die Auffassung, dass die Stadt Haldensleben mit den vorhandenen Grundschulen zu wenig Werbung betreibt. Gerade die Grundschule „Erich Kästner“ mit dem Begabtenförderungsprogramm ist eine der ganz wenigen Grundschulen im Land Sachsen-Anhalt. Mit diesem Profil kann es gelingen, dass auch Schüler von außerhalb diese Schule besuchen könnten, wenn die Eltern von diesem Profil Kenntnis hätten.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki kommt auf den vorliegenden Antrag zu sprechen, den er für nicht abstimmungsfähig halte. Seine Auffassung stützt er dabei auf eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht. In der Stellungnahme wurde ausgeführt, dass durch den Stadtrat in sich widersprechende Beschlüsse gefasst wurden. Da der Wortlaut des vorliegenden Antrages der Fraktion B90/Die Grünen identisch mit dem Antrag aus dem Jahr 2018 ist, werde sich das „Drama“ wiederholen, d.h., die Stadt Haldensleben hat im Januar 2020 keinen bestätigten Haushalt. Der Antrag sollte eindeutig formuliert und nicht an Bedingungen geknüpft werden.

Stadtrat Boris Kondratjuk erinnert an die unbefriedigende Situation im letzten Jahr, die durch den Antrag aufgelöst wurde. Die Stadt hatte keinen genehmigten Haushalt, so dass freiwillige Ausgaben nicht geleistet werden konnten. Das haben vor allem die Vereine zu spüren bekommen. Er hatte im letzten Jahr dem Antrag auch zugestimmt, ohne die Konsequenzen zu bedenken. In diesem Jahr ist noch ausreichend Zeit, so dass die Fraktion B90/Die Grünen den Antrag eindeutig formulieren kann.

Stadträtin Anja Reinke hält an dem eingebrachten Antrag fest.

Stadtrat Stefan Oldenburg erinnert, dass sich der neue Stadtrat dazu verständigt hatte, dass die Fraktionen aufeinander zugehen und auf sachlicher Ebene diskutieren.

Mit der Formulierung des Antrages, habe Stadträtin Birgit Kolbe auch Probleme, weil ihr die Konsequenz daraus, bekannt ist. Kann der Antrag als nicht abstimmungsfähig eingestuft werden?

Dies verneint Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki. Es bestünde nur die Möglichkeit, den Antrag für nicht zulässig zu erklären.

Für Stadtrat Tim Teßmann stellt sich die Frage, was er abstimmen soll. Es geht weder ja noch nein bei dem vorliegenden Antrag der Fraktion B90/Die Grünen.

Ohne die Unterlagen, die lt. Antrag vorgelegt werden sollen, könne Frau Ann Fabini, sachkundige Einwohnerin, nicht abstimmen. Sie wüsste nicht, was und worüber sie abstimmen sollte.

Stadträtin Anja Reinke könnte sich vorstellen, den Antrag zurückzuziehen und die Beantwortung der Fragen abzuwarten.

Den Antrag zurückzuziehen, sei auch im Sinne des Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki. Er kündigt bereits heute an, dass er den Antrag in der vorliegenden Form beim nächsten Mal für nicht zulässig erklären werde. Er wiederholt seine Bitte, dass die Fraktion B90/Die Grünen über ihren Antrag nachdenken mögen, denn wie die Diskussion gezeigt hat, wissen die Ausschussmitglieder nicht, wie sie damit umgehen sollen.

In der letzten Stadtratssitzung hat Stadtrat Boris Kondratjuk angeregt, dass alle Fraktionen vor der Stadtratssitzung zusammenkommen, um im Vorfeld Unklarheiten zu besprechen. Er werde in Bezug auf den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen den gleichen Fehler nicht noch einmal machen.

Stadträtin Anja Reinke hat heute den Antrag ihrer Fraktion zurückgezogen. Es könnte über den Antrag der CDU/FDP abgestimmt werden.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki unterbricht Stadträtin Anja Reinke. Er werde heute den Antrag der CDU/FDP-Fraktion nicht zur Abstimmung aufrufen und er werde auch nicht über den Haushaltsentwurf abstimmen lassen, da sich bis zur nächsten Sitzung noch Änderungen ergeben können. Die Empfehlung durch den Ausschuss sollte in der nächsten Sitzung ausgesprochen werden.

zu TOP 8 Förderanträge

8.1. Förderantrag Haldensleber Sportclub e.V., Abt. Rollsport

Für die Rollsportshow „Halloween rollt 13“ in der Ohrelandhalle Haldensleben am 09.11.2019 beantragt der Verein einen städtischen Zuschuss in Höhe von 500,00 €.

Teilnehmer: ca. 160 Aktive, überwiegend Kinder und Jugendliche, davon 50 vom HSC.

Kosten insgesamt: 2.200,00 €

Die Mitglieder des Schul-, Kultur- Sozial- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, dem Haldensleber Sportclub e.V. für die Rollsportshow „Halloween rollt 13“ den beantragten Zuschuss zu gewähren.

8.2. Förderantrag KulturHeimat e.V.

Der Verein beantragt finanzielle Unterstützung zur Durchführung eines Kulturprojektes (Akrobatik/ Tanz/Sprache) unter Einbeziehung von 8 bis 10 Kindern mit Migrationshintergrund zwischen 8 und 14 Jahren in Höhe von 961,00 €. Das Ergebnis des Projektes soll zum Kinderfest am 10. Mai 2020 präsentiert werden. Kosten insgesamt: 2.715,00 €

Da dieses Projekt erstmalig beantragt wird, ist die Antragstellerin, Frau Renate Schmidt zugegen, um den Ausschussmitgliedern ihr geplantes Projekt vorzustellen.

Nach der Vorstellung sprechen die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur und Sportausschusses einstimmig ihre Empfehlung zu dem Projekt aus. Dem Zuschuss in beantragter Höhe wird zugestimmt.

8.3. Förderantrag Haldensleber Sportclub, Abt. Geräteturnen

Für die Abt. Geräteturnen werden ein Übungsbalken höhenverstellbar und Leichtturnmatten benötigt

Um diese anschaffen zu können, wird um finanzielle Unterstützung in Höhe von 300,00 € gebeten.

Kosten insgesamt: 600,00 €

Die Mitglieder des Schul-, Kultur- Sozial- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, die Abt. Geräteturnen des HSC mit 300,00 € zu unterstützen.

8.4. Förderverein für seelisch kranke Menschen „Flora“ e.V.

Am 17.12.2019 plant der Verein seine Weihnachtsfeier in der Begegnungsstätte Florissima durchzuführen. Teilnehmer: 80 Personen Kosten insgesamt: 726,00 €

Von der Stadt Haldensleben wird ein Zuschuss in Höhe von 200,00 € erbeten.

Die Mitglieder des Schul-, Kultur- Sozial- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, dem Verein für die Ausrichtung der Weihnachtsfeier 200,00 € zu bewilligen.

- 8.5. Förderantrag der Ev. Kirchgemeinde St. Marien Haldensleben
Gemeinsam mit Instrumentalisten und Theatersängern wird zum gemeinsamen Singen in der St. Marien Kirche eingeladen. Über 80 Sänger werden aus Magdeburg an diesem Projekt teilnehmen, die im Anschluss auch Besucher des Sternenmarktes sind. Der Auftakt zum Konzert soll um 18.00 Uhr auf dem Sternenmarkt sein. Ca. 18.10 Uhr wird dann das gemeinsame Singen in der St. Marien Kirche beginnen. Kosten insgesamt: 2700,00 € beantragter Zuschuss: 800,00 €

Die Mitglieder des Schul-, Kultur- Sozial- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, dem beantragten Zuschuss in Höhe von 800,00 € für den Projektchor „Hundert Stimmen“ zuzustimmen.

zu TOP 9 Mitteilungen

- 9.1. Dezernentin Andrea Schulz teilt mit, dass der ISV den Sportplatz Lindenallee beräumt hat. Die Vereine wurden angeschrieben, inwieweit sie sich eine weitere Nutzung vorstellen könnten.
- 9.2. Amtsleiterin Doreen Scherff verteilt die Einladung zur Fotoausstellung „30 Jahre Mauerfall“.

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

- 10.1. Frau Dr. Silke Pokarr spricht den Sportplatz Lindenallee an. Vor dem Vereinsgebäude steht eine große Restmülltonne, die vermutlich falsch befüllt ist. Diese Tonne ist offen, so dass das Umfeld entsprechend unordentlich aussieht.
- 10.2. Stadtrat Sascha Oldenburg spricht die Ecke Gröperstraße/Lange Straße an. Da im Sanitätshaus die Vorhänge geschlossen sind, ist der Bereich für die Kraftfahrer sehr schwer einsehbar. Seines Erachtens wäre dort die Anbringung eines Spiegels dringend erforderlich, um die aktuelle Gefahrensituation zu entschärfen. Es ist schon vermehrt zu Unfällen gekommen.
- 10.3. Stadtrat Tim Teßmann spricht sich im Zusammenhang mit der Haushaltssatzung lobend über die finanzielle Unterstützung aus, die die Stadt Haldensleben den Vereinen gewährt. Er regt an, dass das auch in Zukunft so bleibt.

gez. Klaus Czernitzki
Ausschussvorsitzender

Protokollantin